

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich einmal, außer an den Feiertagen.
Bezugspreis für Abnehmer 0,55 Goldmark.
Wird durch d. Post zu beziehen.
Stelle reichhaltig.
Redaktion:
Hauptstadtstr. 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur:
Hauptstadtstr. 11, 1. Stock.
Hauptstadtstr. 11, 1. Stock.
Hauptstadtstr. 11, 1. Stock.
Hauptstadtstr. 11, 1. Stock.
Hauptstadtstr. 11, 1. Stock.

Bezugspreis frei Haus vom 1. bis 7. März 1924 0,60 Goldmark.

Einzelverkaufspreis 15 Pfennig Gold.

Hamburger Echo

Nr. 64.

Donnerstag, den 6. März 1924.

38. Jahrgang.

Tragikomödie des Antimarrismus.

Mit Pauken und Trompeten hat die gesamte bürgerliche Presse Hamburgs den Wahlausgang in Thüringen und Mecklenburg begrüßt. Wir machten kühl aufmerksam, daß ja nun die eigentliche Schwierigkeit erst beginne; denn wo sei in Parlamenten, in denen die Volksfäden das Binglein an der Woge sind, eine tragfähige Regierungsmehrheit? Wahrscheinlich werde überhaupt die Bildung der Regierung unmöglich, und es könne sich ereignen, daß die Sieger die Sozialdemokratie kniefällig um gut Weiter bitten. Unsere Meinung hat sich prompt bestätigt. In Thüringen mußte der Ordnungsbund zum Ausschlußmittel eines Beamtentabinetts greifen, in Mecklenburg aber laboriert man jetzt noch; wie man die Sache anpackt: eine Regierung kommt nicht zustande. Die Volksfäden jagen geradezu, daß sie „die Faust an der Gurgel des Ministeriums“ halten, nur eine Regierung, die umherschweifend die Diktate der Volksfäden schluckt, wollen sie dulden. Wiederholte Verhandlungen der Deutschen und der Deutschen Volksparteier konnten den Stein des Anstoßes nicht aus dem Wege räumen, kleinerer Kompromiß kam zustande, heute noch ist die Lage wie am ersten Tag. Nach der Schöpfung sah der liebe Gott an, was er gemacht hatte, und siehe, es war alles sehr gut. Das können die bürgerlichen Parteien Mecklenburgs nicht von sich sagen, nichts ist gut und alles ist schlecht. Ihre Führer machen jetzt ein betriebliges Gesicht. Buchstäblich ist es so gekommen, daß die Sieger die alte Regierung bitten, sie möchte um Gottes Willen im Amt bleiben. Selbst die „Hamburger Nachrichten“ sagen in ihrer Abendausgabe vom 5. März, es sei möglich, „daß die bisherige Regierung unter sozialistischer Führung zunächst am Leben bleibe“, die erste Abtötung, bei der die Regierung unterliege, werde dann Auflösung des Landtages und Neuwahlen zur Folge haben. Noch reden die „Hamburger Nachrichten“, und ähnlich machen es selbstverständlich die deutschen und mecklenburgischen Blätter. Mecklenburg, dem deutschvölkischen Schimmel gut zu, er möge doch stehen, bleibe der Schimmel weiter störrisch, so könne er um das gute Futter kommen. Ob gutes Futter helfen wird? Viel Hoffnung haben jedenfalls weder Deutsche noch Mecklenburger. Die Sozialdemokraten aber stehen als lachende Dritte dabei! Aus den Vorgängen in dem kleinen Lande ergibt sich jedoch eine Regel für das Reich. Wenn schon in diesem zum wesentlichen Teile noch in einer agrarischen Wirtschaftsverfassung stehenden Landchen, in dem doch die Regierung eigentlich nur Verwaltungsaufgaben zu leisten hat, der Sieg der Antimarristen zur Tragikomödie führt: wie erst mühe es in dem Reich kommen, dessen Existenzmöglichkeit und ganze Zukunft durchaus in die Welt-politik verflochten ist! Im Land bedeutet der Sieg des Antimarrismus Stöckung, dem Reich würde er den Zusammenbruch bringen!

Der Bürgerbund Hamburg-Altona-Wandsbeck erläßt in den bürgerlichen Zeitungen einen Aufruf zu den Reichstagswahlen, der neben der dringenden Aufforderung zur Vergabe von Geldmitteln für den gemeinsamen Sieg des Bürgerums natürlich auch die Forderung enthält: gegen den Marxismus. Damit aber die braven Bürger verstehen, was damit gemeint ist, hat man im Aufzug hinter das Wort Marxismus einen Gleichheitsstrich mit der Erklärung gesetzt: — gegen die internationale Sozialdemokratie und den Kommunismus! So, nun sind also Sozialdemokraten und Kommunisten in einen Potpourri geworfen, der die Aufschrift „Marxismus“ trägt und jeder ordnungsblödsinnige Wähler weiß, daß es bei der Reichstagswahl nur darauf ankommt, diesen Pöppel zu zerhacken. Daß zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten ein grundsätzlicher Unterschied besteht, der namentlich in der Stellung zum heutigen Staat seinen Ausdruck findet, wird von diesem Bürgerbund, der in der Weltgeschichte schon immer eifrige Meilen hinter dem Mond zurück war, völlig ignoriert; er sieht nur, was das besagte Tier, das rote Vieh und rennt darauf los. Nun ist freilich Hamburg noch kein Mecklenburg, wie schon die Landgebietswahl am letzten Sonntag gezeigt haben; eine bürgerliche Einheitsfront gegen den „Marxismus“ wird hier bei der Reichstagswahl ebenso wenig wie bei der Bürgerfahrgewahl zustande kommen. Aber ist nicht auch ohnehin schon bedäunend genug für eine Stadt von der geistigen Kultur Hamburgs, daß in ihr ein so hoffnungslos verblödetes politisches Gebilde wie dieser großhamburgische Bürgerbund sein Wesen treiben darf? Vor mehr als einem halben Jahrhundert ist in einem Hamburger Verlag das grundlegende Werk von Karl Marx erschienen. Der wissenschaftliche Streit zwischen Freund und Feind seiner Lehren hat bis heute nicht aufgehört. Aber selbst der entschiedenste Gegner des Marxismus, was im wissenschaftlichen Sinne als Marxismus zu gelten hat (seine Geschichts-

auffassung, seine volkswirtschaftliche Theorie) mag nicht mehr, diese Lehren, die sich in ihrem Kern als unumstößliche Wahrheiten erweisen haben, mit einem Schlagwort abzutun. Das bringt in seiner geistigen Armut, aus der ihn keine Weltfamiliarität retten kann, nur der großhamburgische Bürgerbund noch fertig, der sich damit selbst politisch auf eine Stufe mit der jetzt so heillos blamierten bayrischen Hitlergarde stellt.

Deutschvölkische Mordbande von Parchim

Leipzig, 6. März. Der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik hat die Hauptverhandlung über den Parchimer Mord auf den 12. März anberaumt. Angeklagt sind die landwirtschaftlichen Arbeiter Höp, Zabel, Zeißer und Wiemeyer sowie der Kaufmann Julius wegen forderlicher Mordhandlung und gemeinschaftlicher vorsätzlicher und überlegter Tötung. Die Angeklagten gehörten zu einem Arbeitstrupp des Vereins für landwirtschaftliche Berufsausbildung, einer Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft Rostock in Mecklenburg. Sie unterstanden organisatorisch der Deutschvölkischen Freiheitspartei. Am 31. Mai 1923 ermordeten sie in bestialischer Weise ihren Kameraden Walter Radom, den sie für einen kommunistischen Spion hielten. 7 weitere Angeklagte, die als Gruppenführer und Abteilungsleiter der Deutschvölkischen Freiheitspartei in Mecklenburg tätig waren, haben sich zu verantworten, weil sie durch Rat und Tat Beistand geleistet haben, die Täter der Bestrafung zu entziehen. Sämtliche Angeklagten befinden sich in Leipzig in Haft.

Die Pfa'z vor einer neuen Katastrophe?

Aus Pirmasens wird vom BDR gemeldet:
Die Pfa'z scheinen einer neuen Katastrophe zugute, wenn nicht bald die Sonderkommission der Rheinland-Kommission in Pirmasens erscheint und nach dem Mecklenburg. Die Verhältnisse in Pirmasens sind durch die Besatzungsbehörden gehen weiter. Der verhaftete Leiter Jakob Deder wurde so fürchterlich geschlagen, daß er während der ganzen Nacht bewusstlos lag, dann vollständig wurde und in einer Seilschlinge umgebracht wurde. Die in das Militärgefängnis Mainz gebracht wurden wurden mit Ketten gefesselt zum Bahnhof abtransportiert, was bei der Verbringung ungebührlicher Erregung hervorgerufen hat. Unter den Abtransportierten befindet sich der Wirt vom „Alten Wäghaus“, während der Amtsgerichtsrat Müller noch in Pirmasens in Haft gehalten wird.
Weiter heißt es in dem Bericht: Unter dem Schutze der französischen Delegation wird auch das Auftreten der Separatisten täglich herausgefordert. Sie gehen im Rathaus aus und ein, wo sie das frühere Nachschloß der deutschen Polizei von den Franzosen zugewiesen erhielten. Der Separatist Streich, der in einer Wirtshaus zum Weiser gefangen und einen Arbeiter schwer verletzt hatte, wurde von der deutschen Polizei verhaftet, nachdem er sich aber den Franzosen gegenüber als Separatist ausgewiesen hatte, wieder auf freien Fuß gesetzt.
In Weimersheim bei Gernersheim wurde ein maroccanischer Soldat erschossen. Die Untersuchung der französischen Gendarmerie hat, einer „F. H.“ Meldung zufolge, ergeben, daß der Maroccaner so furchtbar von Kameraden getötet wurde, die mit ihm aus Mord für eine Strafzusage einen kontrollierenden Sergeanten erschossen wollten.
Die seit Monaten bestehende Sperre über die Rheinbrücke zwischen Ludwigshafen und Mannheim ist seit Mittwoch aufgehoben.

Erschließung der Militärkontrollkommission durch ein Garantiefomitee

SED, Paris, 5. März. (Eigener Drahtbericht).
Die Vorkontrollkommission, die am Mittwoch morgen erneut über die Frage der internationalen Militärkontrolle über Deutschland beraten hat, beschloß die Abweisung einer neuen Note an die deutsche Regierung. Diese dürfte den jüngst von der englischen Regierung gemachten Vorschläge, die Militärkontrollkommission durch ein Garantiefomitee, wie es bereits für die Marine und die Luftfahrt besteht, zu ersetzen, in sehr erheblichem Umfang nachtragen.

Die fortwährende belgische Regierungskrise.

Brüssel, 5. März. (Eigener Drahtbericht).
Die belgische Regierungskrise, die nunmehr bereits über eine Woche dauert, hat auch am Mittwoch noch keine Lösung gefunden. Der Vizepräsident, der am Morgen mit den Führern der Reichsparteien verhandelt hatte, wurde nachmittags noch einmal zum König gerufen. Aus der Antenne, daß er unmittelbar danach die Pfa'z der Pfa'z an sich geben hat, schlägt man, daß Treuhaus in seinen Entschluß, die Neubildung des Kabinetts abzulehnen, schwankend geworden ist.

Das Schwert im Munde.

Im Kaiserpalast zu Goslar hielt die Wärschheit der Jungdeutschen einen deutschen Abend an, an dem General a. D. Maerker leinwand, um über die deutschen Kolonien in Afrika zu sprechen. Er stellte die Forderung auf, daß wir uns unsere Kolonien zurückholen müßten, nicht etwa durch unnütze Kriege und Proteste, sondern durch den Kampf mit dem Schwerte.
Das Schwert allein tut es nicht. Veritten müssen die Geisteskräfte sein, die Deutschlands Erlösung bringen. Maerker ist von Goslar gleich nach Sonneberg gereist, um dort bei den Spielzeugindustriellen einige tausend Schod Schaufelwerke zu bestellen.

Das Wirtshaus zur Kapelle.

Roman von Gustav Schröder.
[55]
Als der Vorsteher geendet, lehnte sich der Gerichtsschreiber zurück.
„Eine Klage ist nicht gegen Sie eingelaufen. Ich müßte das, und ich gebe Ihnen den Rat: Gehen Sie heim und warten Sie ab. Warum wollen Sie sich selber an das Messer legen? Warten Sie ab.“
„Nehmen Sie jetzt ruhig Ihren Bogen und schreiben Sie. Einer, und wenn's der letzte wäre, wird noch da sein. Und — einer reißt aus.“
Da erklärte der Schreiber grob, er wäre nicht zuständig. Weisheit erhob sich, der Beamte hielt ihn noch unter der Tür fest.
„Sind Sie denn so verlesen drauf, ins Gefängnis zu kommen?“
„Ja, das bin ich. Da ist nun nichts zu machen.“
Weisheit durchschritt die Pforte des Gerichtsbüros, kam an die rechte Tür und brachte seine Klage an.
Als er wieder auf der Straße stand, sagte er murrend vor sich hin: „Was sie für eine Vogelweide machen. Es ist wahrhaftig nicht nötig, daß sie mir die Hände drücken. Ich weiß, was ich tue, und alles muß seine Ordnung haben.“
Er ging stracks wieder aus Langstadt hinaus, Christian Schuch's liebe Vögel schimmerten im ersten grünen Gange, und von dem Wipfel einer Tanne sang eine Amsel.
Nun brauchte Vorsteher Weisheit nicht mehr lange auf die Vorladung zu warten. Sie kam, und in der Nacht darauf schloß er sein und traumlos bis in den Morgen hinein. Bislang hatte er im Wachen und im Traume die entsetzten Mädchenaugen, die bittenden Kinderhände, das blutige, blonde Haupt vor sich gesehen. Jetzt verlor das Bild.
Die folgenden Tage waren wieder voll innerer Unruhe. Es ist hart, leben zu müssen, weil die eifersüchtige Tote des Gefängnisses langsam aufsteigen, bereit, einen der seltsamen den freien Himmel über sich sah, aufzunehmen.
Vorsteher Weisheit ist ein Starzer, aber — er ist ein Mensch. Bislang Jahre hat er nie gewußt, daß er ein Herz hat, weil er seinen Schlag nie fühlte und seiner Stimme nie achte. Jetzt fühlte er es, und jetzt hörte er es. Fühlte es dort und ungleichmäßig gegen die Rippen pochen, und es geschah zu zweien Malen, daß er die Hand vor die Augen legen mußte, weil ihm ein Schwindel befiel, hörte seine Stimme und sagte zu ihm: Daß es gut sein. Ich bringe alles wieder in die Reihe.
Einsam war er gewesen, einsam blieb er.
Der letzte Tag vor der Verhandlung war da. Draußen sicker der Regen, und der Wind jagte über die Saatefelder, aber es war ein freundiger, herrlicher Frühlingsschwind, der die Lärchen in den Regen hinaufwarf und den Vägen gut tat. Vorsteher Weisheit seinen ganzen großen Bogen voll an seinen Sohn. Der war der einzige, dem gegenüber er sich als Mensch und Vater gab, nicht als Herr und trübiger Führer. Er schrieb ohne Weisheit, aber auch ohne Selbstbezug, sachlich, gerade, lezte ihm die Zukunft des Wärschheit in den Augen. Das war das Schicksal. Wenn es überstanden ist und ich aus dem Gefängnis heimkomme, dann bringe ich das mit dem Wärschheit in Ordnung. Er ist ein anderer, als ich meine. Ich habe ihn doch nicht gekannt. — Wenn die Hingedörfer damit rechnen, daß ich einmütig gebüht und kleinlaut unter ihnen gebe, dann treten sie sich. Es ist mir denkbar, daß ich noch einmal wieder der werde, der ich vor zwanzig Jahren war, und daß sich mancher an mir blaue Kleiden und Reulen holt. Das muß man dann einmal sehen. — Ich schreibe dir das alles, weil ich nicht weiß, wie ich mit dem Gefängnis fertig werde, und ob es mich nicht zuletzt doch klein kriegt. Güns noch, Albin, sie beschuldigen mich, ich hätte die Schrift, die über den Gemeindevorstand da ist, um die Erde gebracht. Es ist mir nicht genug, auch nur einem zu sagen, daß ich nicht wahr ist. Der brauche ich das nicht zu sagen, aber der sage ich doch: Ich habe sie nicht, und ich weiß nicht, wohin sie gekommen ist.
Als Weisheit älterer Sohn, sein Weisheit und das Gefinde zur Ruhe gegangen waren, schloß der Vorsteher zum ersten Male im Regen und begann, den großen Schweißharn aufzuräumen. Die Vögel und andere Vögelchen hielten ihm zu Hunderten die Hände. Er warf einen Blick darauf und schloß sie zu Bündeln aufeinander, trat an den Ofen und schob sie in die Glut, die er mit biden Augenheiten nährte.

Der Reichstag vor der Auflösung?

Die Lage hat sich so weit gefärrt, daß die Auflösung des Reichstages Anfang nächster Woche ziemlich gewiß erwartet werden muß. Die Sozialdemokratie besteht auf ihren Forderungen und Anträgen, sie wird nicht zulassen, daß in Baulich und Bogen alles erledigt und den Notverordnungen des Kabinetts März Zustimmung erteilt wird. Sie will insbesondere nicht zulassen, daß die dritte Notverordnung mit ihrer ganz ungerechten Lastenverteilung bestehen bleibt. Die Reichsregierung aber hütet gerade diese Verordnung wie ihren Augapfel, und sie hat die Zentrumsfraktion als den wichtigsten Bestandteil ihrer Gefolgschaft zu ihrer Politik befehrt. Die Zentrumsfraktion wird dahin, daß der Reichstag nach der Beendigung der großen Aussprache durch die Regierung aufgelöst wird und Neuwahlen am 6. April stattfinden. Ganz wohl fühlt sich allerdings die Regierung dabei nicht, sie sucht nach einer Formel, durch die vermieden wird, daß ihr ein ausgesprochenes Mißtrauensvotum erteilt wird; der Reichstag soll selbst zu einem Auflösungsbeschlusse veranlaßt werden. Andere Fraktionen wünschen Hinausschiebung des Wahltermins auf den 4. Mai oder 6. Juni. Die Sozialdemokratie beteiligt sich an dem Spiel um den Tag nicht. Sie benutzt die letzten Tage der Lebenszeit dieses Reichstages zu einer Generalabrechnung; am Mittwoch hat als ihr Fraktionsredner Reichsheim gesprochen, nachstehend wird Scheidemann folgen. Die Sozialdemokratie weiß, daß sie einen sehr schweren Wahlkampf zu bestehen haben wird. Sie wird tun, was in ihren Kräften steht, damit die Volksvertretung demokratischen und sozialen Geist erhalte. Jeder Wähler muß wissen, daß bei ihm die Verantwortung liegt!

Die Mittwochsitzung des Reichstages.

Zunächst gibt Abgeordneter Dr. Gremer (Deutsche Volkspartei) eine Erklärung gegen die bekannte Forderung zum Duell, die von den deutschvölkischen Abgeordneten v. Graefe, Gennung und Wulle erging. Er weist diesen terroristischen Versuch zur Unterdrückung der Kritik zurück. Abgeordneter v. Graefe (Deutschvölkisch) lehnt es ab, sich mit Gremer, der als Hauptmann auch die Offiziersuniform getragen habe, über Ehrenfragen auseinanderzusetzen. Dazu würde sich eine andere Gelegenheit finden. (Murren, Zurufe: Erzberger! Mathenau!)

Dr. Reichsheim (SD):

Es ist immerhin beachtenswert, daß die drei völkischen Abgeordneten hier den Vorwurf des Völkertums anders entgegennehmen als ihre Gefolgsleute in V. sehen, die sich gütlich dazu felen. Wenn die Methode allgemein eingeführt wird, solche Vorwürfe mit dem Schießpulver zu widerlegen, dann kann Herr Gremer seinen Juttagbau noch viel weiter treiben. (Beifall). Allerdings beachte ich nicht, daß Herr Wulle und seine Freunde ihre laßbare Verweise so leichtfertig aufs Spiel setzen, wodurch das Vaterland in Gefahr kommt, wertvolle Kräfte für den Wiederaufbau zu verlieren.
Die Rede des Reichstages konnte nur so aufgefaßt werden, daß er schon eine gründliche Beratung von Änderungsanträgen als eine Gefährdung der Währung betrachtet und daß es daher zuzumäßig sei, den Reichstag zum Hause zu schicken.

Wir können uns dadurch in unserer sachlichen Stellungnahme nicht beeinflussen lassen. Ich möchte beinahe vermuten, daß für manche Mitglieder der Regierung die Gelegenheit zur Auflösung unter dem Eindruck der Wahlen in Thüringen und Mecklenburg besonders günstig erscheint. Sind die Änderungsanträge der Regierungsparteien nur ein Schaugericht für die Wähler? Wir bestreiten entschieden, daß unsere Anträge geeignet sind, die Stabilität der Rentenmark zu erfüllen. Die Deutschnationale, die jetzt Helferself als Vater der Rentenmark preisen, haben bei ihrer Einführung die Verantwortung abgelegt. Das Verdienst für die Rentenmark hat der Reichsfinanzminister der damaligen Regierung zugeeignet, und das war die Regierung der großen Koalition mit unserm Freund Hilferding als Finanzminister. Damals hat Herr Helferself den Gedanken der Rentenmark vertreten, über deren Stabilität man sich ein Bild machen kann, wenn man das Schwanken des Rentenpreises in den letzten Monaten betrachtet. Von unserer Seite wird nichts geschieden, die Stabilität der Währung, an der die Arbeiterklasse das größte Interesse haben, zu erfüllen. Aber in den internationalen Lager gibt es auch noch andere Vorschläge zur Stabilisierung der Rentenmark. Im Verwaltungsrat der Rentenbank hat der Schwerefreiheitsdiener Giller unläufig ein sehr einfaches Mittel vorgeschlagen:

Wer an der Güte der Rentenmark zweifelt, den muß man

(Seilerkeit). Das ist geschmacklos und einfach. Damit sind alle Verordnungen finanzieller und steuerpolitischer Maßnahmen als Reichsbeschlüsse überflüssig. Der Reichstag beschließt die Verordnungen auch nach Ablauf des Ermächtigungsgesetzes als unanfechtbar, und sieht darin den Sinn der Demokratie. Diese Auffassung von Demokratie, auf einen parlamentarischen Mehrheitsbeschlusse eine Diktatur zu gründen, die zeitlich weit über den Ablauf des beschlossenen Gesetzes hinausgeht, scheint mir höchst formalistisch zu sein. Sein Kollege, der Führer des Staatsrechts, Zabel, vertritt in der „Jurisprudenz“ die entgegengesetzte Auffassung. Die Demokratie des Reichstages März erinnert daran, was Graf Westarp unter Demokratie versteht. Er will eine Regierung, gestützt auf die Verhältnisse der Landwirtschaft,

der Industrie und der nationalen Arbeiterkraft, eine Regierung mit diktatorischen Vollmachten, unabhängig von Reichstag und Parlament. Unsere Änderungsanträge zu den Verordnungen betrachten wir nicht als Schaugericht für die Wähler, wir verlangen im Gegenzug zu den andern Parteien, daß unsere Anträge tatsächlich fertig verhandelt werden. Wir leben zu unsern Anträgen, ganz ohne Rücksicht darauf, wie die Regierung sich dazu verhält. Wir stehen zu unsern Anträgen und werden jede Konsequenz auf uns nehmen, die die Regierung aus dieser unserer Haltung zu ziehen für gut befindet.

Die Bebauung des Reichsbeitragsministers, daß die Vertreter der Spitzenorganisationen eine Verordnung über die Arbeitszeit verlangt hätten, ist unrichtig. Die Gewerkschaftsvertreter stellen feinerartig lediglich Änderungsanträge zu einem dem Reichstag vorgelegten Regierungsentwurf. Demals hat der Minister die Erfüllung der vorgelegten Wünsche zugesagt, die Zusage ist jedoch nur zum Teil erfüllt worden.

Wir stehen selbstverständlich nach wie vor zu dem Grundsatze des Arbeitsbundesgesetzes.

den die Arbeitgeber aufs bestmögliche anfeinden, ohne daß die Anhänger des Arbeitsbundesgesetzes bei dem Ministerium für Sozialpolitik irgendeine Unterdrückung und irgendeinen Rückhalt fanden. Die Forderung des Arbeitsbundesgesetzes ist für uns fittlich wie volkswirtschaftlich berechtigt. Wir verlangen daher von der Regierung die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens, das auch gewisse Abweichungen und Ausnahmefälle vorsieht. Die Regierung erklärt, daß in Deutschland zum Wiederaufbau und für die Reparationsforderungen länger als 8 Stunden gearbeitet werden muß. Bedenkt man nicht, daß auf dem Weltmarkt konkurrierenden Länder ihrerseits den Arbeitsbundesgesetz dann auch nicht aufrecht erhalten, und daß dadurch die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands in seiner Weise gehoben wird? Den Zusammenhang zwischen Reparationen und Arbeitszeit erkennen wir an. Aber es wäre durchaus verfehlt, wenn man jetzt, wo eine positive Lösung des Reparationsproblems nähergerückt scheint, wiederum verliert, die Hauptlast den breiten Massen aufzuladen. (Beifall Zustimmung bei den SD). Gerade die Arbeiterkraft hat in den vergangenen Jahren schon am meisten gelitten, gezahlt und ausgehalten! Es handelt sich aber gar nicht um die Arbeitszeit; was wir erleben, ist die soziale Reaktion auf der ganzen Linie, ist der

Kampf gegen die Arbeitslöhne, um die Tarifverträge, gegen die deutsche Sozialpolitik überhaupt.

Die Arbeiterkraft kämpft bereits nicht mehr um die Erhaltung der revolutionären Errungenschaften, sondern um Dinge, die sie vor dem Kriege längst erobert zu haben glaubte. (Sehr wahr! bei den SD). Das ist nicht der Weg zur Wiederherstellung des Sports und zur Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, wenn man die Löhne verfürzt und die Arbeitszeit verlängert! Unsere Wirtschaft leidet an der geringen Kaufkraft des inneren Marktes. Man weiß auf die Zustände in England hin, spricht von größeren nationalen Aufsammehörigkeitsgefühl dort. Alles zugegeben! Für uns ist der Klassenkampf, ist der Gegensatz der Klasseninteressen, eine objektive gegebene Tatsache, die wir nicht heraufzubezugen haben. (Sehr richtig! b. d. SD., Widerspruch rechts). Aber was wir jetzt sehen im Kampf der Schwerindustrie und des Unternehmertums gegen alle Rechte der Arbeiterkraft, das ist Klassenkampf, das ist der Klassenkampf von der andern Seite. (Stürmische Zustimmung b. d. SD.) Sie können von der Arbeiterkraft nicht verlangen, daß sie das gesamte nationale Aufsammehörigkeitsgefühl an den Tag legt wie die englischen Arbeiter, sondern den Handbühnen aufnimmt, den man ihr zuweist.

Im englischen Doharbeitskreis fanden jüngst die Interessen der Arbeiterkraft gegen die der Arbeiter und Werkschleier. Aber die ganze Londoner City und das übrige Unternehmertum stellte sich auf Seite der Doharbeiter.

indem man zugab, daß man bei ihren Verhältnissen das Leben nicht fristen könne. Wo haben wir etwas Derartiges in Deutschland erlebt? Wenn von den deutschen Unternehmern der Klassenkampf wie gegenwärtig betrieben wird, braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiterkraft die notwendige Antwort gibt.

Dem Beamtensobba hat man das Mäntelchen der Sparfahne umgelegt. Große Verbodsmomente sprechen aber dafür, daß auch konfessionelle und politische Ziele verfolgt werden, zumal mit dem Abbau drei Männer beauftragt sind, die von sozialistischen Wählern wegen Unzuverlässigkeit in die Gegenwart der Republik abgelehnt wurden. Was die Befolgung der Beamten angeht, so sind wir alle darüber einig, daß dieser Befolgungsstand unmöglich aufrechterhalten werden kann. Diese Befolgung schließt die Gefahr der Korruption in sich. Der Artikel 48 der Reichsverfassung, dessen Vollendung durch ein Ausführungsgesetz immer noch nicht gegeben ist, war

Die Basis für den militärischen Ausnahmezustand.

der ursprünglich den Zweck haben sollte, vor allem in Bayern Ordnung zu schaffen, der aber nicht gegen Bayern sondern in erster Linie gegen die Arbeiterkraft in Sachsen und Thüringen angeordnet worden ist. Dieser Ausnahmezustand ist zum richtungslosen Vorgehen benutzt worden gegen alles, was im Reich des Kommunismus, des Sozialismus, ja, einer wirklich republikanischen Stimmung stand. Man hat das Militär wieder in eine politische Rolle hineingedrängt, obwohl wir wissen, daß, wenn Generale sich in die Politik einmengen, in 99 von 100 Fällen irgendeine kapitalistische Dummheit, wenn nicht mehr herauskommt. Diese Hebergasse richteten sich gegen Staatswesen, die jedoch das Hochverrats an der Republik nicht so verächtlich finden wie es Bayern gewesen ist und noch ist. Welches Bild der politischen und moralischen Verworfenheit enthält sich jetzt im Prozeß in München? Dort lehnen die Angeklagten einen Verstoß gegen die Weimarer Verfassung ab, weil sie sie gar nicht anerkennen. Also können in Zukunft alle Diebe und Mörder sich dadurch verteidigen, daß sie das Strafgesetzbuch nicht anerkennen! Herr Roehner, Reichspräsident, Mitglied des Oberlandesgerichts, Güter der Ordnung und der Gerechtigkeit, erklärt öffentlich, daß er das Verfassung des Reichspräsidenten bereits fünf Jahren betreibt.

ward nach. — Der Krieg erwacht, die Verbitterung rast, befeidigter

Stolz fordert Genüge, vierundzwanzig starke Führerkräfte stehen auf. Es ringt Gewalt gegen Gewalt.

Der Wald steht auf wie ein körperlich Wesen und bringt eine Seele mit, eine wunde, klagende Seele. Wie müßt ihr weinen! Siehe mich doch an in meiner Schönheit. Zu hoch die Augen auf und erkenne mich. Du hast mich lieber denn alle und müßt mich verzeihen.
Und die Heimat steht auf. Siehe, da bin ich, ich, die ich du bin. Ich bin die Heimat mit ihren grünen Triften, mit ihren sonnigen Dingen, ihnen gesegneten Feldern. Was habe ich dir getan, daß du mich unter die Füße treten müßt?
Der Vorsteher ist außer sich, er läuft fremd in der Stube auf und ab, der Schweiß tritt ihm von der Stirne, fremde Stimmen reiten auf des Frühlingsschwindes Flügeln heran. Drohende, hegende, warnende, reizende Stimmen.

Er tritt an den Ofen, neigt sich zum Feuerloche herab, wirft die Buchenscheite hinein, und die Glut erwacht, die Funken fliegen in knackernden Worten aus des Waldes einsiedlerischen Leibern, der Wind haucht in den Kaminen herab, rafft die Lichter mit beiden Händen auf, reißt sie jubelnd mit sich und wirft sie den Sternen zu.

Dort, auf der Schweißplatte, liegen Erde und Aschen, und dort liegt — Made! Das Wort geht. Ein kleines, klares Wort trägt das Ungeheuerliche in sich. Du kannst damit auf einem Scheindefein erwidern, aber du kannst damit auch auf einen Dieb alle die, die sich nicht genug tun konnten, dich zu schmähen, in das Nichts hinabzuwerfen, du kannst ihnen allen mit einem Griff das Herz aus dem Leibe reißen. Wie es, rade dich, sie noch einmal stark und wild und groß, wie es dann — fisch!

Da nimmt er das Wort vor sich, wiegt es auf und ab, läßt die Augen lange darauf ruhen, schlägt die brennenden Hände hinein und — reißt es mitten durch bis auf die Festsäden, legt die Hälften übereinander, geht mit harten Schritten an den Ofen, öffnet die Tür, die Glut lacht und leckt sich die Zähne. Er neigt sich, stiert in die roten Flammen, hat das Wort in der Hand, es hineinzuflehen. Und er reißt sich auf. Zum letzten Male schlägt der Wald auf ihn drein, rauscht ihm seine Orgel über bescheiden Melodien ins Ohr, zum letzten Male auf die Heimat die bittenden, meynenden, tiefen Augen weit auf, sein Innerem, sein